

Solidarität mit den Beschäftigten **Daimler missbraucht Corona-Krise als Vorwand zu Lasten der Beschäftigten!**

von Bernd Rixinger, Bundesvorsitzender der Partei DIE LINKE und
Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Stuttgart



Bernd Rixinger in der letzten Tarifrunde Metall & Elektro bei Coperion in Feuerbach.

Völlig zu Recht protestiert die Daimler-Belegschaft in Stuttgart und an anderen Standorten in Deutschland gegen die aktuellen Pläne des Managements, bestimmte Bereiche der Motorenproduktion ins Ausland zu verlagern. Die Corona-Krise wird von der Konzernleitung zu Lasten der Beschäftigten missbraucht. Statt den nötigen Umbau der Produktion für eine sozialökologische Wende voranzubringen und den Belegschaften eine klare Zukunftsperspektive zu geben, wird auf Stellenabbau und Verlagerung sowie den Verkauf von Unternehmensteilen gesetzt. Den Kolleginnen und Kollegen wird dabei täglich mit neuen Horrorszenarien gedroht.

Gut, dass die Betriebsräte und die IG Metall hier dem Management ein klares Stopp-Schild setzen!

Die Bundesregierung schaut dabei mehr oder weniger tatenlos zu, wie zu Lasten der Beschäftigten Arbeitsplätze in Deutschland vernichtet und Kosten eingespart werden. Von der Landesregierung und Ministerpräsident Kretschmann, der sonst immer gerne im neuesten Mercedes Benz posiert, ist ebenfalls nichts zur Sache zu hören, und der Stuttgarter OB Kuhn ist scheinbar schon im Ruhestand. Es rächt sich jetzt, dass die Bundesregierung versäumt hat, die Inanspruchnahme staatlicher Hilfen in der Krise an Arbeitsplatz- und Standortgarantien zu knüpfen. Die Bundesregierung muss endlich aus ihren Fehlern lernen: Keine finanziellen Hilfen ohne Sicherung von Arbeitsplätzen und Klimaschutz! Außerdem ist es höchste Zeit, die Mitbestimmungsrechte der Belegschaften auf Belange wie Standortschließungen und -verlagerungen auszudehnen. Es rächen sich jetzt auch die Versäumnisse von Daimler bei der ökologischen Mobilitätswende.

(weiter auf der Rückseite)

»Auch wir rufen zur **Kundgebung der IG-Metall am 9. Dezember, 14:00 Uhr am Forumsplatz** in Ludwigsburg auf. Wir stehen an der Seite der Beschäftigten in der Industrie, die sich gegen den Kahlschlag wehren....«

Filippo Capezzone
Kreissprecher DIE LINKE. Stuttgart

Ob Bosch, Mahle oder Daimler **Unsere Region darf nicht ausbluten!**

Karl Reif, ehemaliger stellvertretender
Betriebsratsvorsitzender im Mercedes Benz
Werk Untertürkheim.

Die Unternehmer gehen in die Offensive: Arbeitsplatzabbau, Standortverlagerungen und Verschlechterungen von erkämpften betrieblichen und tariflichen Regelungen werden gefordert. Auf Kosten der Beschäftigten und der Allgemeinheit werden Profite gesichert. Gleichzeitig gehen Staats-Milliarden an die Konzerne ohne Bedingungen u.a. wegen der Corona-Krise, der „Transformation“ zu neuen Antriebstechnologien und zur Ankurbelung des Absatzes.

Macht der Konzerne einschränken

Konzerne nehmen Geld vom Staat (also von uns), zahlen gleichzeitig Dividenden in Milliardenhöhe an die Aktionäre aus und greifen die Belegschaften und ihre Zukunft an. Staatliches Geld darf es aber nur gegen verbindliche Zusagen zu Arbeitsplatzsicherheit und zu Zukunftsinvestitionen an den Standorten geben.

Die Macht der Konzerne muss durch erweiterte Mitbestimmung von Betriebsräten und Gewerkschaften beschränkt werden. Regionale Wirtschaftsräte könnten demokratisch entscheiden, wie die Industrie auf ökologisch sinnvolle Produkte umgestellt wird und gleichzeitig Arbeitsplätze gesichert werden.

Die Versäumnisse der Manager gefährden die Wirtschaft der gesamten Region Stuttgart und der Branche. Als Parteivorsitzender der Partei DIE LINKE und als Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Stuttgart stehe ich an der Seite der Gewerkschaften und der Belegschaften, um diesen Angriff abzuwehren. Eine neue Strategie bei Daimler muss die Beschäftigten in den Mittelpunkt des Unternehmens stellen und diese bei den kommenden Weichenstellungen mitentscheiden lassen. Darum muss in Zukunftstechnologien investiert werden, zukunftsfähige Fertigungskapazitäten aufgebaut und Personal für diese Veränderungen qualifiziert und weitergebildet werden. Selbstverständlich muss deshalb auch der „E-Campus Mercedes-Benz Drive Systems“ in Untertürkheim errichtet werden,

um elektrische Antriebe und Batteriezellen zu entwickeln. Ebenso muss aber auch die Kurbelwellenfertigung in Untertürkheim verbleiben, damit wichtige Arbeitsplätze erhalten werden. Dazu sind auch Investitionen in die Erweiterung von Flächen nötig. Hier ist auch der Stuttgarter Gemeinderat gefragt.

Wir brauchen keine Transformation zulasten der Kolleginnen und Kollegen. Dagegen braucht es Gegenwehr. Wir brauchen stattdessen eine ökologisch-nachhaltige Transformation, die alle Beschäftigten mitnimmt. DIE LINKE will, dass Arbeit umverteilt und Arbeitsplätze geschützt werden. Wir wollen einen sozial-ökologischen Umbau der Industrie, der Arbeitsplätze sichert und das Klima schützt. Dafür steht DIE LINKE.

Reiche werden in Corona-Krise noch reicher Es reicht: Vermögensabgabe jetzt!

von Filippo Capezzone, Landtagskandidat im Stuttgarter Wahlkreis Mitte/West/Süd

Reiche legen zu

Jan Böhmermann hat den Nagel so ziemlich auf den Kopf getroffen, als er in der ersten Ausgabe des ZDF Magazin Royale am 6. November ironisch gesagt hat: „die Vermögen der Superreichen vermehren sich von ganz allein, auch in der Pandemie. Das ist soziale Hängematte, wie sie oft Hartz-IV-Empfängern vorgeworfen wird. Nur mit richtig viel Geld und ohne dass einem der Staat auf die Nerven geht.“ Tatsächlich sind die Vermögen der 119 Milliardäre in Deutschland seit Ausbruch der Pandemie im März 2020 um 20 Prozent gestiegen - die Abbildung unten zeigt im Einzelnen, welche Unternehmer wie viel Milliarden zugelegt haben. Nehmen wir das Beispiel der BMW-Hauptaktionäre. Diese haben sich in der Krise hohe Dividenden ausgezahlt (760 Millionen), während 30.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Kurzarbeit geschickt wurden - die Kosten dafür übernehmen die Sozialkassen. Der Staat ist den Reichen hier bisher nicht „auf die Nerven gegangen“, wie Böhmermann es ausdrückt, um sie auch nur ein Bisschen an den Kosten der Krise zu beteiligen.

Die Mehrheit verliert

Anders sieht es für die große Mehrheit der Menschen in Deutschland aus. Man kann sagen: Wer vor der Pandemie wenig hatte, hat jetzt noch weniger. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Schon vor Corona waren 12,3 Prozent der Menschen in Baden-Württemberg von Armut betroffen. Der Arbeitsplatzabbau in der Industrie im Südwesten wird die Lage nochmal verschlimmern. Die Konjunkturpakete der Regierung sind bisher schuldenfinanziert. Und wer die Schulden zurückzahlen soll, daran ließ der baden-württembergische Ministerpräsident Kretschmann im April im Interview keinen Zweifel: „Letztlich wird die gesamte Bevölkerung dafür zahlen. Das Geld muss irgendwo eingespart werden, es fällt ja nicht vom Himmel.“

Vermögensabgabe einführen

Wir sehen das anders: Wir dürfen nicht akzeptieren, dass Menschen ärmer werden. Das Geld fällt zwar nicht vom Himmel, es ist aber extrem ungleich verteilt und das müssen wir ändern. DIE LINKE setzt sich deshalb für eine Sonderabgabe auf große Vermögen ein, um die Krisenkosten zu finanzieren. Die Abgabe könnte über 20 Jahre gezahlt werden und würde nur die oberen 0,7 Prozent der Vermögenden mit einem privaten Nettovermögen von über zwei Millionen Euro (bzw. fünf Millionen Euro bei Betriebsvermögen) mit einer einmaligen Abgabe belasten und so zu Einnahmen von 310 Milliarden Euro führen.

Mehr Infos zum LINKEN Konzept einer Vermögensabgabe gibt es unter dieser Webadresse: www.bit.ly/3nHmzc0

Erfahrungen eines Lagerhelfers Einfach Corona-App deinstallieren...

Letzte Woche erreichte uns eine Zuschrift eines Lagerhelfers einer großen Möbelhauskette. Wir drucken diese, mit Einverständnis des Betroffenen, in Teilen ab.

„...Ich arbeite seit 3 Monaten in dem Möbelhaus. Angestellt bin ich über eine Zeitarbeitsfirma mit einem befristeten Vertrag für ein halbes Jahr. Man hat mir gesagt: Ich bekomme einen Bruttolohn von 12 Euro in der Stunde. Wenn man sich gut anstellt, so wird uns gesagt, haben wir die Chance, dass das Möbelhaus uns nach den 6 Monaten übernimmt.“

Lagerhelfer klingt nach Arbeit hinter den Kulissen. Ich verbringe aber einen Großteil der Zeit in der Verkaufsfläche und habe Kundenkontakt. Viele Leute bestellen heute online und wollen die Ware vor Ort abholen. Ich laufe dann, wie die Kunden auch, durch den Laden und suche die bestellten Waren zusammen.

Der Arbeitsschutz ist miserabel. Wir haben keinerlei Einweisung bekommen. Die Hygienemaßnahmen (Maske, Abstand) werden nicht konsequent umgesetzt. Der Laden ist überfüllt mit Kunden. Wenn sonst alles zu ist, ist ein Möbelhaus ein Ort, wo man noch hingehen kann. Sogar Jugendliche verabreden sich hier. Während der Sonderangebotswoche war der Laden voll wie eine Sardinenbüchse. Meine Corona-Warn-App hat die ganze Zeit rot gezeigt. Ich habe mich nach dem ersten Mal in Quarantäne begeben, mein Arbeitgeber hat mir dafür aber 2 Tage Urlaub abgezogen. Irgendwann hat mein Vorgesetzter dann zu mir gesagt: deinstallier doch endlich diese Corona-App, dann arbeitest du auch entspannter...“

Fragen & Kontakt zur

AG Betrieb & Gewerkschaft:

E-mail: gewerkschaft@die-linke-stuttgart.de

Impressum: DIE LINKE. Stuttgart

V.i.S.d.P.: Filippo Capezzone

Falkertstraße 58, 70176 Stuttgart

Fragen & Kontakt:

E-mail: info@die-linke-stuttgart.de

Web: www.stuttgart.die-linke-bw.de

Wir freuen uns über jede Anfrage!